

[Die Russische Föderation versucht die DNR und die LNR zu legalisieren. Was kann Kiew tun?](#)

04.11.2014

Die Wahlen in den selbstausgerufenen Republiken haben die geringe Chance auf Frieden zerstört, die sich nach den Minsker Vereinbarungen ergeben hatte.

Die Wahlen in den selbstausgerufenen Republiken haben die geringe Chance auf Frieden zerstört, die sich nach den Minsker Vereinbarungen ergeben hatte.

Die Hauptaufgabe der gestrigen «Wahlen» war die Legalisierung der selbstausgerufenen Republiken und ihrer Führung. Noch Anfang Oktober schien vielen, dass der Vorstoß mit alternativen Wahlen eine Eigenmächtigkeit der Separatistenführer sei, ein Versuch an der Macht zu bleiben und sich vor den für sie unangenehmen Folgen der Minsker Vereinbarungen zu schützen, denn diese sahen von der Sache her eine schrittweise Demontage dieser Republiken vor. Doch bald wurde offensichtlich, dass dies das russische Szenario ist.

Ausgehend davon ist nicht schwer zu erraten, was uns weiter erwartet. Unverzögliche Änderungen wird es nicht geben, doch der Prozess der Legalisierung ist gestartet worden. Noch vor etwa zwei Wochen schlug Wladimir Putin im Gespräch mit Angela Merkel vor die Verhandlungen in Minsk nach dem 2. November wieder aufzunehmen. Warum bestand der russische Präsident eben auf diesem Datum? Russland wird versuchen die Europäische Union, die OSZE und über sie die Ukraine davon zu überzeugen, dass man mit direkten Verhandlungen mit der DNR (Donezker Volksrepublik) und der LNR (Lugansker Volksrepublik) beginnen müsse. In Form eines Arguments wird die Russische Föderation verwenden, dass die Separatistenführer angeblich ein Vertrauensmandat des Volkes erhalten haben und man sich folglich mit ihnen einigen muss.

Der Kreml könnte den listigen Zug wiederholen, den er bereits in Minsk durchzubringen versuchte: Ein Format vorschlagen, bei dem die «Republiken» in den Bestand der Ukraine eingehen, doch von der Sache her auf der Basis eines zwischenstaatlichen Vertrages. Das bedeutet die Schaffung einer gewissen Konföderation, von der ein Teil ausschließlich in den Interessen Russlands handeln wird. Für die Ukraine ist das unannehmbar. Wir haben bereits die selbstausgerufenen Republiken als terroristische Organisationen anerkannt und direkte Gespräche mit ihnen sind unzulässig.

Doch unangenehmste Folge dieser Wahlen ist, dass sie sogar die geringe Chance auf Frieden zerstört haben, die nach den Minsker Vereinbarungen aufkam. Vorher hatten wir wenigstens die trübe Hoffnung darauf, dass wir trotzdem zu irgendeiner friedlichen Lösung finden werden. Dafür hat die Werchowna Rada das Gesetz über den speziellen Status der von den Terroristen kontrollierten Regionen erlassen. Jetzt ist dieses Szenario unmöglich gemacht worden.

Einige schlagen vor trotzdem am 7. Dezember Wahlen zu den Organen der lokalen Selbstverwaltung durchzuführen. Nein. Es wird keine Wahlen geben. Das Gesetz über den speziellen Status hat seinen Sinn verloren, man kann es vergessen. Es macht keinen Sinn mehr das Friedensszenario zu spielen, im Gegenteil: man muss eine harte Position der Ablehnung dieser Wahlen, genauso wie der Republiken einnehmen. Möglicherweise wird man sich früher oder später einigen müssen, doch jetzt ist das in keiner Weise möglich.

Unsere vorrangige Aufgabe ist die Stärkung der Kampffähigkeit und Vorbereitung zu einer Antwort auf mögliche Provokationen. Denn der Minsker Verhandlungsprozess ist in einer Sackgasse und das bedeutet, dass das Risiko einer Eskalation des Konflikts und der Wiederbelebung der Kriegshandlungen gestiegen ist. Ob das jetzt oder näher zum Frühling hin stattfindet, ist schwer zu sagen, das hängt nicht von uns ab. Doch wir sind in der Lage die militärische Präsenz an den Grenzen der Separatistenterritorien und die Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen. Zumal wir keinen anderen Ausweg haben.

Natürlich kann auch keine Rede von der Finanzierung dieser Territorien sein. Viele sagen «wieso, das bedeutet

doch den Verzicht auf die Oberhoheit über die besetzten Kreise des Donbass». Überhaupt nicht, wir verzichten auch nicht auf die Oberhoheit über die Krim. Doch Haushaltsgelder an die Territorien geben, die wir nicht kontrollieren bedeutet Menschen zu versorgen, die gegen uns Krieg führen und das wäre dumm und verantwortungslos. Die Gaslieferungen müssen ebenfalls unverzüglich eingestellt werden. Lasst uns Realisten sein: Wenn wir weiter damit fortfahren Menschen auszuhalten, die gegen uns kämpfen, dann wird dieser Krieg niemals aufhören.

Daher muss man sich vom politischen Masochismus lösen. Wenn Russland und die Separatisten die Minsker Vereinbarungen grob verletzen, dann müssen wir genauso antworten. Auf jeden Feuerversuch muss mit hartem Feuer geantwortet werden, auf jede Attacke mit einer Gegenattacke. Keinerlei Waffenruhespiele mehr: Sollen sie auf dem Papier existieren, doch wir müssen Stärke zeigen. Wenn wir das nicht tun, werden die Separatisten und der Kreml weiter gehen.

3. November 2014 // **Wladimir Fessenko**

Quelle: [Nowoje Wremja](#)

Übersetzer: **Andreas Stein** — Wörter: 730

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.